



GLOBAL GERECHTE GRÜNE TRANSFORMATION?

Die Rolle von
Handelsabkommen
für die europäische
Rohstoffsicherung







GLOBAL GERECHTE GRÜNE TRANSFORMATION?

Die Rolle von
Handelsabkommen
für die europäische
Rohstoffsicherung

PowerShift

www.power-shift.de

Eine erweiterte englisch- und spanischsprachige Studie, auf der dieses Infoheft aufbaut, wurde mit Luciana Ghiotto und Lucía Barcena vom Transnational Institute erstellt. Diese kann ab Januar 2024 auf der Seite des TNI: <https://www.tni.org/en> unter dem Titel „The Raw Materials Rush“ gefunden werden.

Impressum

Herausgeber

PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: +49 30 42805479
Web: <https://power-shift.de>
E-Mail: info@power-shift.de

Mitherausgeber

ATTAC Deutschland, ATTAC
Österreich, Anders Handeln,
Forum Umwelt und Entwicklung,
Naturfreunde Deutschland

Autorin

Bettina Müller

Redaktion

Michael Reckordt, Thomas Fritz, Alessa Hartmann, Vanessa Fischer,
Fabian Flues, Niklas Toresson

Bildredaktion & Layout

Chris Freeman / conductdesign.com

Berlin, Dezember 2023

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

PowerShift e.V. – <https://power-shift.de> | peter.fuchs@power-shift.de

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Umwelt
Bundesamt

Wir bedanken uns bei der European Climate Foundation für die finanzielle Unterstützung der Studie.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Inhalt

1 Klimaneutral bis 2050

3 Der Europäische Green Deal

5 Die Achillesferse der Grünen Transformation: Zugang zu Rohstoffen

10 Eine Gratwanderung – Grüne Transformation vs.
globale Gerechtigkeit

14 Wer ist schneller?

17 Die Strategie der EU – Der Green Deal Industrieplan

19 Handelsinstrumente zur Rohstoffsicherung

19 Der Kritische Rohstoffe-Club (Critical Raw Materials Club)

20 Global Gateway

21 Strategische Rohstoffpartnerschaften

23 Handelsabkommen mit Energie- und Rohstoffkapiteln

27 Energie- und Rohstoffkapitel im Detail

38 Für eine global gerechte grüne Transformation

42 Quellenverzeichnis

”

Unabhängig davon, ob wir über maßgeschneiderte Chips für die virtuelle Realität sprechen oder über Speicherzellen für Solaranlagen – der Zugang zu Rohstoffen ist entscheidend für den Erfolg unserer Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft.

Lithium und Seltene Erden werden bald wichtiger sein als Öl und Gas. Allein unser Bedarf an Seltenen Erden wird sich bis 2030 verfünffachen. (...) Wir müssen vermeiden, erneut in Abhängigkeit zu geraten wie bei Öl und Gas. An diesem Punkt kommt unsere Handelspolitik ins Spiel. Neue Partnerschaften helfen uns, nicht nur unsere Wirtschaft zu stärken, sondern auch unsere Interessen und unsere Werte global voranzubringen. (...) Wir

müssen vor allem unsere Beziehungen zu diesen Partnern und zu wichtigen Wachstumsregionen erneuern. Ich werde daher die Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland zur Ratifizierung vorlegen.“

—Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union, 14.09.2022²



Klimaneutral bis 2050

Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen bereits um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zurückgehen. Von dieser Zielvorgabe ist die EU jedoch noch weit entfernt. Bis 2021 hatte sie die Emissionen um 30 Prozent gesenkt, sprich jedes Jahr ein Prozent im Durchschnitt.¹ Um innerhalb von nur neun Jahren die noch fehlenden 25 Prozent zur Erreichung des 55 Prozent-Ziels einzusparen, muss die EU ihre Anstrengungen mehr als verdoppeln. Die Dekarbonisierung weiter Teile der europäischen Wirtschaft ist dementsprechend unumgänglich.

i Deutschland muss liefern

Deutschland hat mit der Änderung seines Klimaschutzgesetzes 2022 seine Schutzvorgaben verschärft und Klimaneutralität bis 2045 als Ziel ausgegeben. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen bereits um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zurückgehen³ und somit um zehn Prozentpunkte mehr, als es sich die EU zum Ziel gesetzt hat. Gleichzeitig genügen die bisherigen Maßnahmen und politischen Instrumente zur Emissionsreduktion jedoch nicht und Deutschland müsste seine Emissionsminderungen in den kommenden sieben Jahren im Vergleich zum Zeitraum 2011 bis 2021 mehr als verdoppeln, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Dies führt zur Frage, „ob ein Erreichen der zukünftigen Klimaziele ohne einen Paradigmenwechsel in der Ausrichtung der deutschen Klimapolitik gelingen kann.“⁴



Der Europäische Green Deal

Die selbst gesteckten Reduktionsziele sind Teil des Ende Dezember 2019 von der Europäischen Kommission vorgestellten Europäischen Green Deal (EGD).⁵ Dieser sieht Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen vor, um die Politik der Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens anzupassen und bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Ein entscheidender Bestandteil ist die Dekarbonisierung und Digitalisierung weiter Teile des gesellschaftlichen Lebens. Die Wirtschaft als Ganzes soll bis 2050 netto keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen.⁶ Im Verkehrssektor sollen immerhin 90 Prozent Treibhausgasemissionen eingespart werden.⁷ Auch der Energiesektor steht im Fokus, denn auf die Erzeugung und den Verbrauch von Energie entfallen mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU.⁸ Um die jeweiligen Sektorziele zu erfüllen, hat die EU Maßnahmenpakete entworfen. Der Stand einzelner Gesetzesvorhaben kann im „Legislativ-Fahrplan“ eingesehen werden.⁹



Die Achillesferse der Grünen Transformation: Zugang zu Rohstoffen

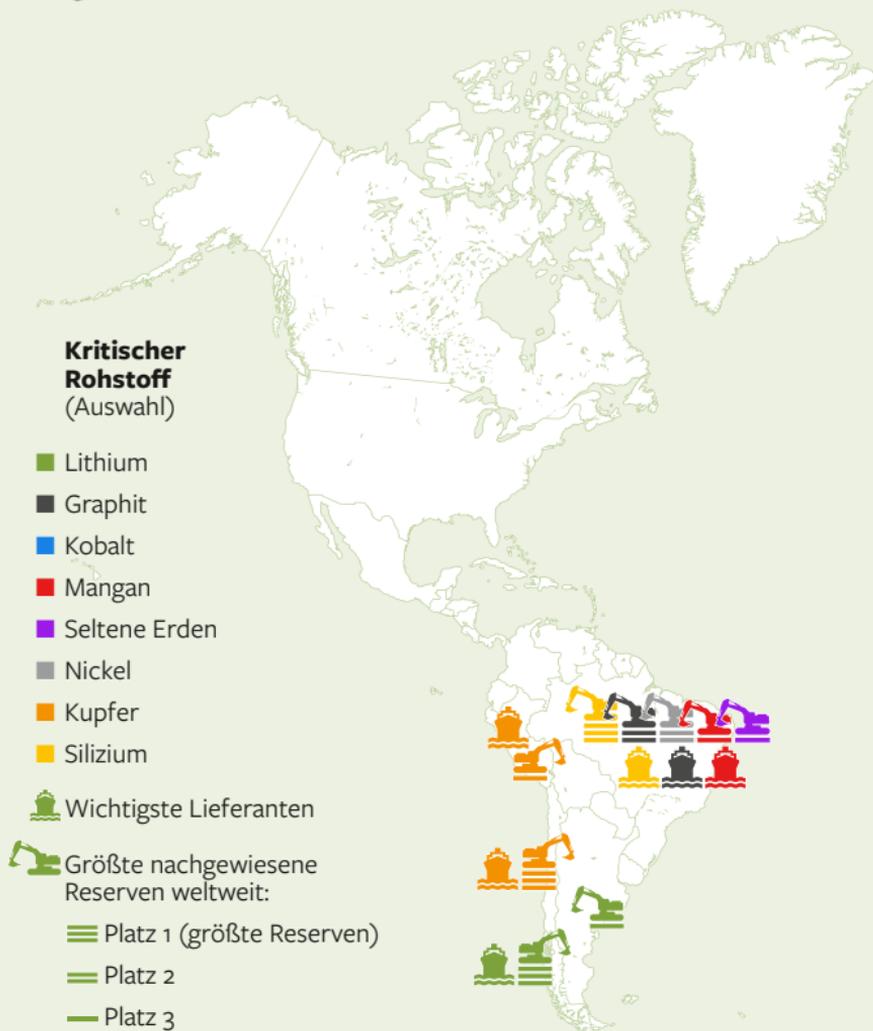
„Ein Wirtschaftswachstumsmodell, das von fossilen Energien abhängt, ist veraltet.

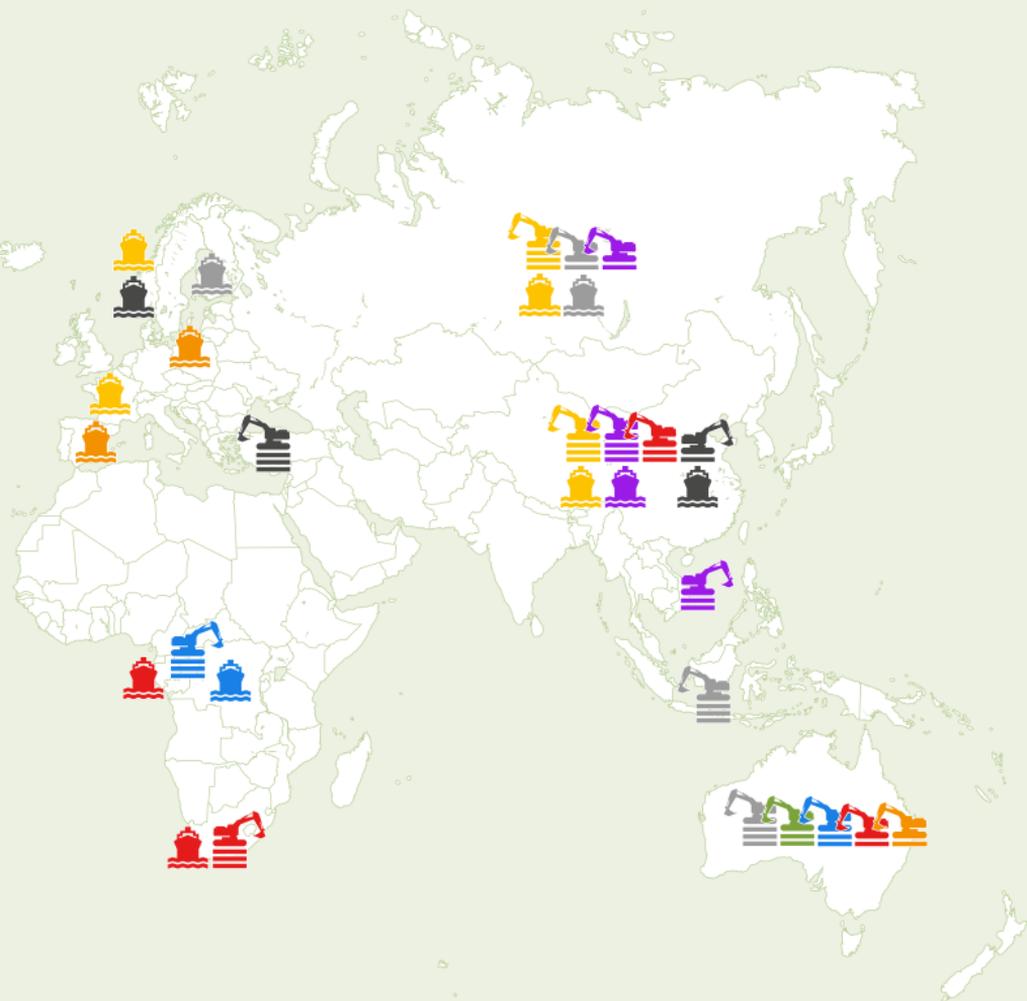
(...) Wir müssen unser Wirtschaften so schnell wie möglich dekarbonisieren.“¹⁰

—EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen,
Beyond Growth conference in Brüssel, Mai 2023

Um Energieversorgung, Verkehr und Industrie auf die Nutzung erneuerbarer Energien umzustellen und damit die im EGD vorgesehene grüne Transformation voranzutreiben, braucht es viele mineralische und metallische Rohstoffe. Europa ist jetzt schon die größte rohstoffimportierende Region der Welt.¹¹ Um ihren Bedarf zu decken, ist sie teilweise zu 100 Prozent abhängig vom Import bestimmter Rohstoffe.¹² Neben China und einigen EU-Ländern, kommen die Rohstoffe vor allem aus Ländern des Globalen Südens.

Abbildung 1: Wichtigste Lieferanten ausgewählter kritischer Rohstoffe für die EU* und größte nachgewiesene Reserven im Vergleich

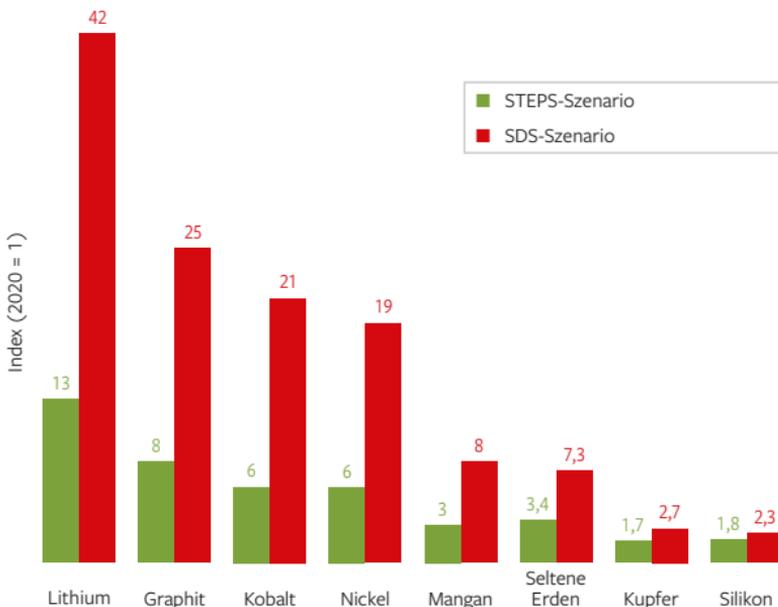




Quelle: Eigendarstellung auf Grundlage von Daten der Europäischen Kommission 2021¹³ und des U.S. Geological Survey¹⁴

Die Umstellung der Wirtschaft auf erneuerbare Energien und die Zurückdrängung der fossilen Energieträger bei gleichzeitiger Beibehaltung der Produktions- und Konsummuster lässt den Bedarf an bestimmten mineralischen und metallischen Rohstoffen massiv anwachsen.

Abbildung 2: „Wachstum der globalen Nachfrage nach kritischen Rohstoffen bis 2040 (im Vergleich zum Basisjahr 2020).“^{66*}



* Stated Policies Scenario (STEPS): Konservative Prognose, bei der die Regierungen nicht alle selbst gesetzten Ziele einhalten würden. / Sustainable Development Scenario (SDS): Optimistische Prognose, bei der die Regierungen alle ihre gesetzten Ziele in Bezug auf Klimaschutz, Erneuerbare Energien sowie Luftqualität einhalten würden.

Abbildung 3: Anwendungsbereiche ausgewählter kritischer Rohstoffe für die Grüne Transformation

Rohstoff	Batterien	Brennstoffzellen	Elektrolyseure	Windturbinen	Antriebsmotoren	Photovoltaik	Wärmepumpen
Lithium	●						
Graphit	●	●	●				
Kobalt	●	●	●				
Nickel	●	●	●	●		●	●
Mangan	●	●	●	●			●
Seltene Erden		●	●				
Kupfer	●	●	●	●	●	●	●
Silikon		●	●	●	●	●	●

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Pérez et al. (2023)¹⁶

i Kritische Rohstoffe

In der 2008 verabschiedeten Raw Materials Initiative verpflichtete sich die EU-Kommission dazu, ab 2011 eine Rohstoffliste mit strategisch wichtigen, „kritischen Rohstoffen“ zu veröffentlichen und alle drei Jahre zu aktualisieren. Derzeit befinden sich 34 mineralische und metallische Rohstoffe auf dieser Liste, darunter Lithium, Kobalt, Kupfer, Bauxit, Seltene Erden und Nickel.¹⁷ „Kritisch“ heißt, dass die Nutzung der Rohstoffe für die europäische Industrie essentiell ist und gleichzeitig politische Risiken existieren, die die kontinuierliche Versorgung der europäischen Industrie gefährden.¹⁸ Zu Beginn ging es vor allem allgemein um Rohstoffsicherung für die europäische Wirtschaft. Inzwischen wird der Fokus zumindest laut öffentlichen Verlautbarungen verstärkt auf Rohstoffe für die grüne Transformation, die Raumfahrt und Verteidigung gelegt.

Eine Gratwanderung – Grüne Transformation vs. globale Gerechtigkeit

Allein in den letzten zwölf Jahren, zwischen 2010 und 2022, zählt das Business and Human Rights Resource Center in ihrem Transition Minerals Tracker über 500 Konflikte weltweit, die auf die Produktion von sechs Mineralien und Metallen für die grüne Transformation zurückzuführen sind. Dabei handelt es sich um Kobalt, Kupfer, Lithium, Mangan, Nickel und Zink. Bei diesen Konflikten geht es um die Verletzung von Menschenrechten, Rechten von Zugang zu Land und Umweltverschmutzung.

Ein Großteil der dokumentierten Konflikte findet in Ländern des Globalen Südens statt, wobei allein in Lateinamerika gut die Hälfte aller mit den genannten Metallen und Mineralien zusammenhängenden Konflikte ausgetragen wurde und wird.

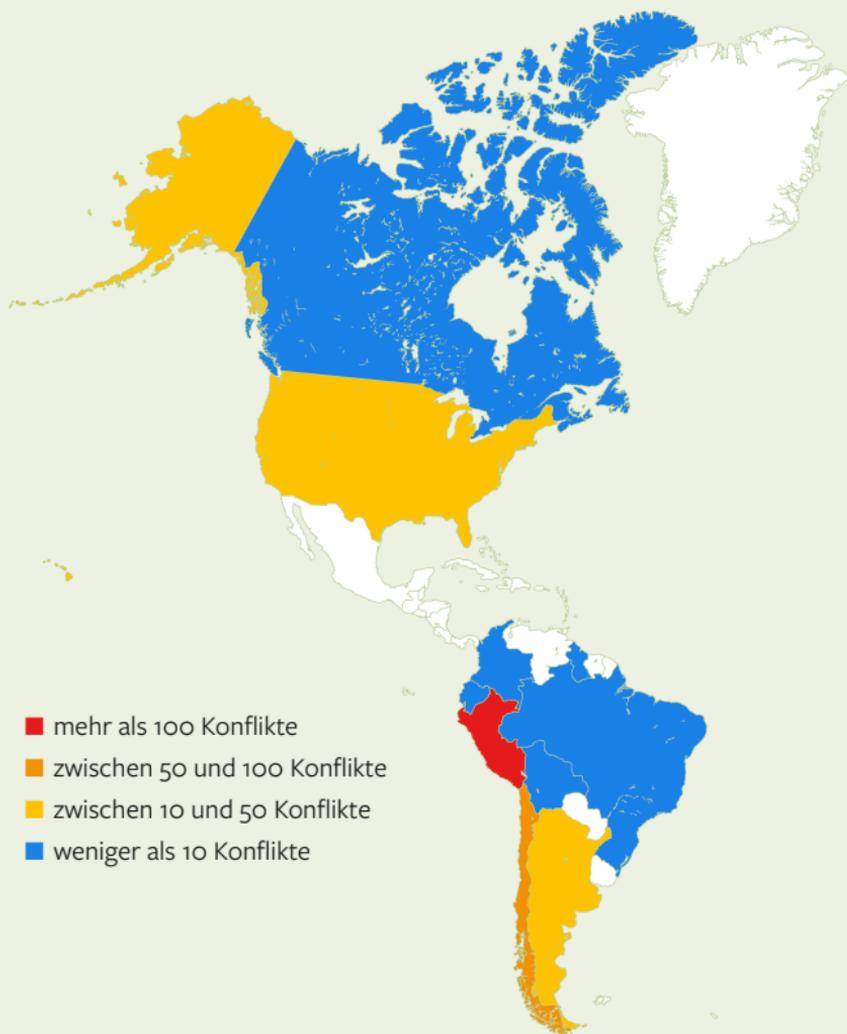
Zudem haben der Rohstoffabbau und die Weiterverarbeitung von Erzen zu Metallen einen großen Einfluss auf die Klimakrise. Zum einen tragen neue Abbauprojekte zur Zerstörung des Regenwaldes bei. In Brasilien, so schätzen Wissenschaftler*innen, sind von 2005 bis 2015 zehn Prozent der Entwaldung auf Bergbauaktivitäten zurückzuführen, wobei die Haupttreiber Kohle, Gold und Eisen sind.¹⁹ Zum anderen erzeugen der Abbau und die Weiter-

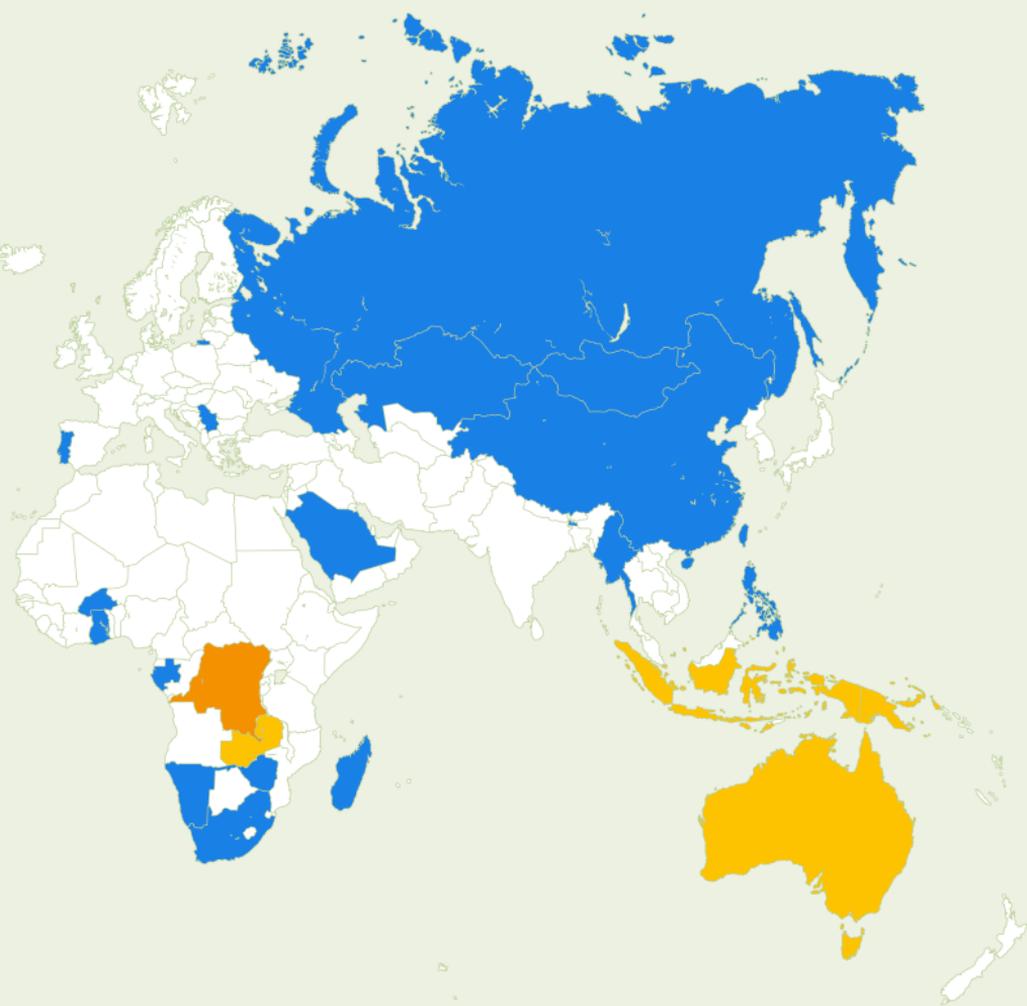
verarbeitung von Eisenerz/Stahl, Bauxit/Aluminium, Kupfer, Nickel sowie der weiteren etwa 90 metallischen Rohstoffe zusammen bis zu 15 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Ein Großteil der Emissionen – etwa acht bis zehn Prozent – gehen dabei jedoch auf die Verarbeitung von Eisen zu Stahl, etwa zwei bis drei Prozent auf die Verarbeitung von Bauxit zu Aluminium zurück.

Die globalen Metallnutzungsziele und die Wachstumsprognosen der Weltbank, der EU-Kommission oder auch der Bundesregierung sind nicht mit dem Zwei-Grad-Klimaziel vereinbar.

Die Verarbeitung von Mineralien und Metallen für die Energiewende fällt also wesentlich weniger ins Gewicht. Allerdings hat eine Forscher*innengruppe um den japanischen Umweltwissenschaftler Takuma Watari kürzlich anhand von Ökobilanzen und Stoffstromanalysen gezeigt, dass die globalen Metallnutzungsziele und die Wachstumsprognosen der Weltbank, der EU-Kommission oder auch der Bundesregierung nicht mit dem Zwei-Grad-Klimaziel vereinbar sind.

Abbildung 4: Konflikte beim Abbau ausgewählter kritischer Rohstoffe, 2010 – 2022

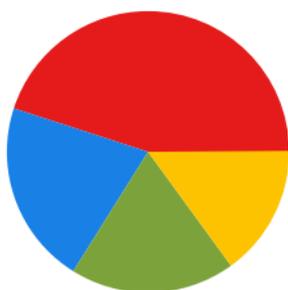




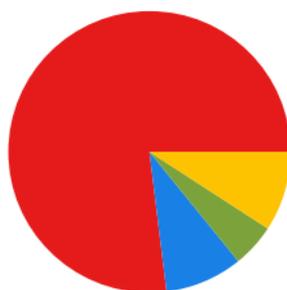
Wer ist schneller?

Zwischen den geopolitischen Großmächten China, USA, Japan und der EU ist ein Wettlauf um den Zugang zu Rohstoffen, aber auch um die Kontrolle der Lieferketten für Technologien der erneuerbaren Energien ausgebrochen. Dieser geht mit massiven Subventionen für die eigene Industrie einher. Die USA und China haben ambitionierte Förderpro-

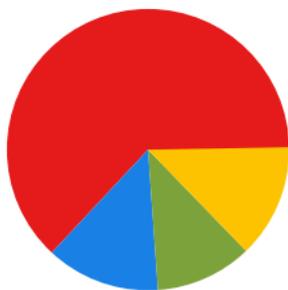
Abbildung 5: Fertigungsanteile für ausgewählte Technologien und Komponenten nach Weltregion, in Prozent



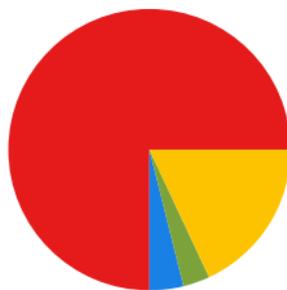
Brennstoffzellen für LKWs



Antriebsbatterien für Elektromobilität



Maschinenhaus von Windkraftanlagen (Onshore)



Photovoltaik-Module

gramme aufgelegt, um den Umbau der heimischen Industrie und Wirtschaft voranzutreiben und so viele Verarbeitungsschritte wie möglich im eigenen Land zu halten. Klarer Gewinner derzeit ist China, das einen Großteil der Lieferketten für erneuerbare Energien dominiert.

i Made in China 2025

2015 präsentierte China seinen 10-Jahresplan zur Modernisierung der chinesischen Industrie: Made in China 2025 (MIC). Ziel von MIC ist der Aufbau hochtechnologisierter Produktionsanlagen in zehn strategischen Bereichen, darunter Robotik, Luftfahrt und E-Autos. Damit möchte China die eigene Autonomie stärken, unabhängiger von Hochtechnologieimporten aus dem Ausland werden und seine Rolle als Produzent von Billigwaren hinter sich lassen.²¹

i Der Inflation Reduction Act

Im August 2022 verabschiedete der US-amerikanische Kongress das Gesetz zur Reduzierung der Inflation, den Inflation Reduction Act (IRA). Dessen Ziel ist es u.a. Energieinfrastruktur und erneuerbare Energien auszubauen und die Produktion von „sauberen Technologien“ wieder in den USA anzusiedeln. Das Paket besteht aus Steueranreizen für Konsument*innen und Unternehmen, Zuschüssen, Krediten und konkreten Projekten auf Bundesebene. Der Zugang zu öffentlichen Geldern ist jedoch in vielen Fällen an einen Mindestanteil an inländischer Wertschöpfung gebunden. Der IRA hat einen Boom an Investitionen in klimaneutrale(re) Technologien ausgelöst.²²



Die Strategie der EU – Der Green Deal Industriepan

Im Januar 2023 stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Europäischen Grünen Industriepan vor.²⁴ Dieser besteht aus vier Säulen (vereinfachte Bürokratie, Ausbau von Kompetenzen, schnellerer Zugang zu Finanzierung und offener Handel) und wird von drei Gesetzesinitiativen begleitet:

- Die Netto-Null-Industrie-Verordnung (*Net-Zero Industry Act*, NZIA), die vorsieht, die Herstellung sauberer Technologien in der EU auszubauen, ist eine direkte Antwort auf die Pläne der USA und Chinas zur Unterstützung des Ausbaus ihrer Produktionskapazitäten in diesem Bereich.²⁵
- Eine Reform des EU-Strommarktes.²⁶
- Die Verordnung zu Kritischen Rohstoffen (*Critical Raw Materials Act*, CRMA), die die Versorgungssicherheit der europäischen Wirtschaft mit sogenannten kritischen Rohstoffen garantieren soll, die u.a. für die Umsetzung des NZIA unabdinglich sind.²⁷



Handels- instrumente zur Rohstoffsicherung

Handelsbezogene Initiativen, die den Zugang zu Rohstoffen und damit die europäische Versorgungssicherheit garantieren sollen, spielen im Grünen Industrieplan eine wichtige Rolle. „Offener und fairer Handel“ ist eine der vier Grundsäulen des Plans. Darunter fallen sowohl die Regeln im Rahmen der WTO als auch die Unterzeichnung neuer Handelsabkommen sowie weitere handelsbezogene Initiativen. Auf diese geht auch der CRMA ein. Um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen, schlägt die EU eine Reihe von handelsbezogenen Maßnahmen vor:

Der Kritische Rohstoffe-Club (Critical Raw Materials Club)

In seiner Rede beim Runden Tisch der Wirtschaft im Rahmen des EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels im Juli 2023 präsentierte EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis den Vorschlag der Gründung eines Clubs zu Kritischen Rohstoffen wie folgt: „Der *Critical Raw Materials Club* soll Länder mit großem Rohstoffbedarf und rohstoffreiche Länder zusammenbringen. Der Club soll eine „Win-Win Partnerschaft“

aufbauen, indem nachhaltige Investitionen verstärkt und damit die Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen für die grüne und digitale Transformation garantiert werden.“²⁸

Global Gateway

Global Gateway (GG) ist ein 2021 ins Leben gerufenes Investitionsprojekt, mit dem die EU ein Gegengewicht zu Chinas neuer Seidenstraße, der *Belt and Road Initiative*, aufbauen möchte.²⁹ Im Rahmen von GG versucht die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten und Finanzinstituten bis 2027 300 Milliarden Euro zu mobilisieren. Ein Großteil davon soll von privaten Investoren kommen, die bereit sind, im Rahmen von GG in Projekte zu investieren, bspw. den Aufbau der Chilenischen Wasserstoffproduktionskapazitäten, Digitalisierungsprojekte in Jamaika oder „grüne urbane Infrastrukturprojekte“ in Ecuador.³⁰ Zudem werden bereits laufende Projekte nun unter der Überschrift GG geführt, sprich: Es hat ein *Rebranding* stattgefunden.³¹

Die EU hat fünf Schlüsselsektoren definiert, in denen Projekte besonders gefördert werden sollen: Digitalisierung, Klimaschutz und saubere Energie, Transport, Gesundheit sowie Bildung und Forschung.³² Neben einem Beitrag zur Umsetzung der UN-Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (*Sustainable Development Goals* (SDGs)) und dem Pariser Klimaabkommen,

möchte die EU mit GG vor allem ihre Versorgungssicherheit stärken und neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten für EU-Unternehmen eröffnen.³³ An der GG-Initiative gibt es unterschiedliche Kritik, angefangen bei dem nur sehr geringen Finanzvolumen, um die Transformation in Ländern des Globalen Südens wirksam zu unterstützen, über die sehr vagen politischen Schwerpunkte bis hin zur mangelnden demokratischen Partizipation von Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen oder Gewerkschaften.³⁴ Gleichzeitig gehen Versprechen von Investitionen im Rahmen von GG häufig mit der Unterzeichnung von strategischen Rohstoffpartnerschaften einher.

Strategische Rohstoffpartnerschaften

Bereits 2020 kündigte die EU im Rahmen ihres Rohstoff-Aktionsplans an, strategische internationale Partnerschaften zu vereinbaren, um ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu diversifizieren und zu stärken.³⁵ Laut EU-Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton sind diese Partnerschaften komplementär zu den EU-Handelsabkommen. Obwohl sie nicht rechtlich bindend sind, stellen sie ein „politisches Rahmenwerk für konkrete bilaterale Kooperation im Rohstoff-Bereich“ dar.³⁶

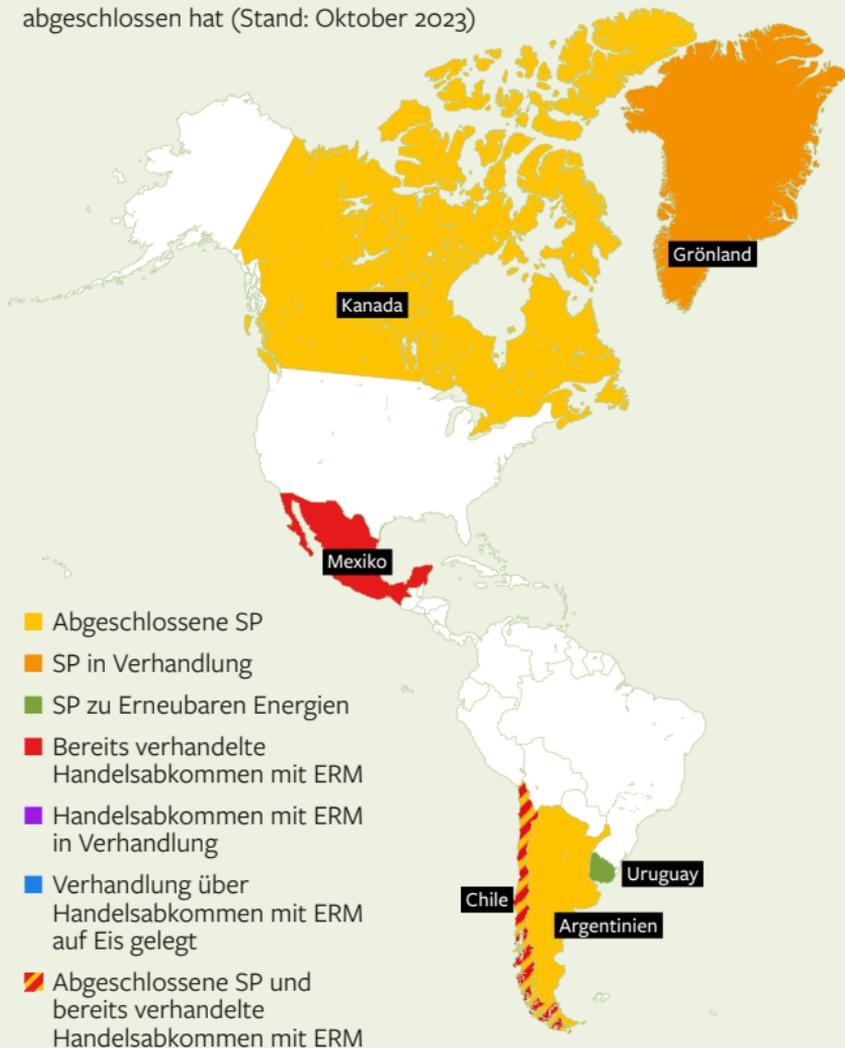
Derzeit hat die EU bereits Absichtserklärungen (Memorandum of Understanding) über strategische Rohstoffpartnerschaften mit Kanada³⁷, der Ukraine³⁸ (beide 2021), Kasachstan³⁹, Namibia⁴⁰ (beide 2022) sowie Argentinien⁴¹, Chile⁴², Sambia und der Demokratischen Republik Kongo⁴³ (alle 2023) abgeschlossen. Diesen sollen Fahrpläne mit konkreten gemeinsamen Plänen und Projekten folgen. Außerdem ist die EU im Juli 2023 mit Uruguay eine ähnliche Partnerschaft über erneuerbare Energien und Wasserstoff eingegangen.⁴⁴ Derzeit werden weitere strategische Rohstoffpartnerschaften mit Norwegen und Grönland verhandelt.⁴⁵ Die letzten zwei sollen bereits Ende Oktober abgeschlossen werden. Da diese Partnerschaften noch sehr neu sind, ist unklar, welche genauen Auswirkungen sie haben werden. Bereits vorliegende Fahrpläne, wie bspw. jener mit der Ukraine, lassen aber erahnen, dass es vor allem um eine stärkere Vernetzung von Wirtschaftsakteuren und eine bessere Positionierung europäischer Unternehmen im Rohstoffsektor der Partnerländer geht. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder betroffenen Gemeinden findet dagegen keine Erwähnung.⁴⁶

Handelsabkommen mit Energie- und Rohstoffkapiteln

Die EU kündigte in ihrer 2015 vorgestellten Handelsstrategie „Handel für Alle“ an, spezifische Energie- und Rohstoffkapitel (*Energy and Raw Materials chapters*, ERM) in künftige Handelsabkommen aufnehmen zu wollen.⁴⁷ Bereits in vorangegangenen EU-Abkommen über umfassende Freihandelszonen (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*, DCFTA) mit Georgien, Moldau und der Ukraine gab es Kapitel, die sich spezifisch mit Bergbau und Rohstoffen beschäftigen.⁴⁸ Diese können als Vorläufer der ab 2015 in die Verhandlungen aufgenommenen Energie- und Rohstoffkapitel verstanden werden.

Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 plant die EU die Unterzeichnung von Handelsabkommen mit Neuseeland, Chile und Mexiko, die ebenfalls die neuen Energie- und Rohstoffkapitel enthalten. Weitere Handelsabkommen mit entsprechenden Kapiteln verhandelt die EU derzeit mit Indien, Indonesien und Australien. Ein Abkommen mit Tunesien liegt zur Zeit auf Eis. Auch Abkommen, wie das mit den Philippinen, Thailand oder Marokko könnten entsprechende Kapitel enthalten, allerdings wurden die Verhandlungstexte in diesen Fällen noch nicht veröffentlicht.⁴⁹

Abbildung 6: Länder, mit denen die EU eine strategische Partnerschaft (SP) zu kritischen Rohstoffen und/oder ein Handelsabkommen mit ERM verhandelt oder bereits abgeschlossen hat (Stand: Oktober 2023)







Energie- und Rohstoffkapitel im Detail

Erklärtes Ziel der ERM ist es, den Zugang zu Energie und Rohstoffen sowie nachhaltige Entwicklung (insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energie) zu fördern. Dazu sollen Barrieren für Handel und Investitionen im Energiesektor gesenkt und staatliche Maßnahmen und Regularien, die den Wettbewerb verzerren oder Handel behindern, abgeschafft werden.⁵⁰ Es geht in den ERM jedoch nicht nur um die Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen, sondern auch zu fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas. Die Texte und Reichweite der ERM in den jeweiligen Abkommen sind nicht identisch. Die Grundstruktur ist aber immer die gleiche. Im Folgenden wird diese vorgestellt und auf einige Besonderheiten in den einzelnen Kapiteln eingegangen, wobei wir uns auf die Abkommen beschränken, die bereits ausverhandelt und unterschriftsreif sind: die Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland.

Abbau handelsverzerrender und investitionsbehindernder Maßnahmen

Verbot von Import- und Exportbeschränkungen, inklusive jeglicher Exportverbote und Exportsteuern oder anderer Abgaben: Dadurch sollen die Preise für Rohstoffe gesenkt werden. Chile bspw. erhob laut OECD bis 2021 auf Exportprodukte, die auf Kupfer basieren, auch weiterverarbeitete wie Kabel, eine Steuer von 10 Prozent.⁵¹ Diese wurde im Juni 2022 für Rohkupfer gesenkt und liegt inzwischen bei maximal 8 Prozent.⁵² Diese Exportsteuern müssten mit dem Abkommen abgeschafft werden.

Verbot von Import- und Exportmonopolen:

Dadurch soll Wettbewerb sichergestellt werden, denn kein einzelnes Unternehmen, auch kein staatliches, dürfte ein Monopol auf den Export oder den Import von bestimmten Rohstoffen oder Energieprodukten haben.

Verbot der Preisregulation von Energie- und Rohstoffexporten (export pricing): Dadurch soll verhindert werden, dass zu exportierende Rohstoffe und Energie teurer sind, als jene, die auf dem heimischen Markt vertrieben werden. Es dürfen also keine besonderen Abgaben, wie Exportsteuern, auf zu exportierende Rohstoffe erhoben werden. Regierungen dürfen lokale Firmen auch nicht unterstützen, indem sie beispielsweise den Preis für Lithium subventionieren,

um den Aufbau einer eigenen Wertschöpfungskette für Batterien im Land zu unterstützen.

Diese Bestimmungen erschweren es rohstoffreichen Ländern, die Weiterverarbeitung in ihren Ländern zu stärken und schränken den politischen Handlungsspielraum stark ein. Deswegen versuchen einige Länder inzwischen, Ausnahmen von diesen Regeln zu erreichen, um ihre nationalen Industrialisierungsstrategien umsetzen zu können,⁵³ unter anderem auch Chile.

Ungehindertes Zugang zur Energie-Transport-Infrastruktur: Dadurch soll zum einen garantiert werden, dass EU-Firmen mit der für ihre Geschäfte notwendigen Energie versorgt werden, die von ihnen produzierte Energie aber auch jederzeit in die Netze einspeisen können. Zum anderen dürfen sie nicht daran gehindert werden, die von ihnen produzierte Energie oder Energieträger (bspw. Gas) aus dem Land zu exportieren.

i Das EU-Chile Handelsabkommen

Eine Ausnahme voller Haken

Im Gegensatz zu den ERM-Kapiteln in den Abkommen mit Mexiko und Neuseeland, beinhaltet das ERM-Kapitel im Handelsabkommen mit Chile eine Ausnahme bei der Preisfestlegung für den Export von Energie und Rohstoffen.

„Chile kann Maßnahmen einführen oder beibehalten mit dem Ziel, die Wertschöpfung zu fördern, indem industrielle Sektoren zu Vorzugspreisen mit Rohstoffen beliefert werden, (...), solange diese Maßnahmen die Bedingungen im Annex 2 erfüllen.“⁶⁰

Diese Bedingungen sind,

- dass europäischen Unternehmen keine Exportbeschränkungen auferlegt werden dürfen.
- dass europäische Unternehmen weiterhin ungehindert Rohstoffe abbauen können.
- dass kein anderes, nicht chilenisches Unternehmen von diesen Vorzugspreisen profitiert.
- dass der Vorzugspreis nicht unter dem niedrigsten Exportpreis, der für den Rohstoff in den letzten 12 Monaten bezahlt wurde, liegt.

Zudem muss Chile öffentlich über entsprechende Maßnahmen Bericht erstatten und auf Nachfrage detaillierte Informationen für die EU bereithalten.⁶¹

Anstatt Chile proaktiv bei dem Aufbau einer eigenen rohstoffverarbeitenden Industrie zu unterstützen, legen diese Ausnahmen dem Land vielmehr Steine in den Weg. Eine ehrliche Förderung der chilenischen Anstrengungen setzt voraus, dass das Land ohne Einschränkungen über den Umgang mit seinen Rohstoffen entscheiden kann. Das schließt die Möglichkeit einer staatlichen Preisregulierung ein.

Das Recht zu regulieren und regulatorische Kooperation

Die Vertragsparteien haben einerseits das Recht, darüber zu entscheiden, wo und unter welchen regulatorischen Bedingungen sie Lizenzen zur Exploration und zum Abbau von Rohstoffen und Energiegütern vergeben. Mit den ERM-Kapiteln soll aber andererseits gerade im Hinblick auf die Lizenzvergabe ein „transparentes, vorhersehbares und nicht-diskriminierendes“ Umfeld geschaffen und einheitliche Standards vereinbart werden. Das ist laut der EU der „erste und wichtigste Schritt auf dem Weg zu einer (globalen) Steuerung im Handel mit Rohstoffen und Energie.“⁵⁴ Dazu müssen Vergabeverfahren vereinheitlicht und vereinfacht werden, um allen potenziellen Investoren (in- wie ausländischen) die gleichen Chancen zu geben.

Regulatorische Kooperation bedeutet aber auch, dass Standards vereinheitlicht werden. Dazu müssen sogenannte „technische Handelshemmnisse“, sprich bestimmte nationale Regularien, bürokratische Hürden etc., die die Investition in den Rohstoff- und Energiesektor des Landes für ausländische Investoren erschweren, abgeschafft oder modifiziert werden. Das kann auch Umweltschutzgesetze betreffen. Zudem müssen Unternehmen frühzeitig von geplanten regulatorischen Änderungen unterrichtet und ihnen die Möglichkeit einge-

räumt werden, diese zu kommentieren. Europäische Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe und technologischen Ausstattung ohnehin bereits wettbewerbsfähiger sind, werden damit weiter gestärkt. Kleinere, lokale Unternehmen können in diesem Wettbewerb kaum bestehen.



Umweltverträglichkeitsprüfungen

Für Projekte, die absehbare „bedeutende“ Auswirkungen auf die Umwelt und die lokale Bevölkerung haben könnten, muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt werden. Der Öffentlichkeit muss die Möglichkeit und ausreichend Zeit eingeräumt werden, um diese zu kommentieren. Allerdings ist unklar, was genau dies bedeutet. Der CRMA sieht vor, Projekte von strategischer Bedeutung für die EU in Schnellverfahren mit vereinfachter Umweltverträglichkeitsprüfung in maximal zwei Jahren zu genehmigen, woran die europäische Zivilgesellschaft bereits massiv Kritik geübt hat.⁵⁵ Tatsächlich müssen die Ergebnisse der UVP auch nur „berücksichtigt werden“, ohne dass sich daraus konkrete Anforderungen an die Umsetzung des Projektes ergeben. Das Abkommen mit Mexiko enthält allerdings keine Klausel zu UVPs im ERM-Kapitel.⁵⁶ Hinzu kommt, dass die Bestimmungen zum Schutz von Biodiversität, Wäldern, aber auch unternehmerischen Sorgfaltspflichten in den Nachhaltigkeitskapiteln der drei Abkommen nach wie vor nicht sanktionsbewehrt sind.⁵⁷ Daher können Verstöße in diesem Bereich maximal zu Empfehlungen eines Expert*innenpanels führen.

Allgemeine Kooperation im Rohstoff- und Energiebereich

Dabei geht es vor allem um eine stärkere Zusammenarbeit in internationalen Foren, bei Forschung, Entwicklung und Innovation, Energieeffizienz und der Förderung eines „nachhaltigen und verantwortungsbewussten Abbaus von Rohstoffen“.

Ebenso sollen unternehmerische Sorgfaltspflichten gestärkt werden. Im ERM-Kapitel des EU-Chile Abkommens wird zudem die Rolle von erneuerbaren Treibstoffen, besonders Wasserstoff, für die Energiewende hervorgehoben.⁵⁸



Bild: Opla / iStock.com

Global Gerechte Grüne Transformation...?

Die ERM-Kapitel in Handelsabkommen sind an den Bedürfnissen europäischer Unternehmen ausgerichtet. Sie sollen Investitionen vereinfachen und den Rohstoff- und Energiemarkt Mexikos, Neuseelands und Chiles weiter öffnen. Die Wertschöpfung im Partnerland dürfte durch die Kapitel kaum gestärkt werden, da der Aufbau einer weiterverarbeitenden Industrie erheblich erschwert wird. Trotz der vielfachen Bekundungen, nachhaltigen Abbau fördern zu wollen, werden keine konkreten Anforderungen an Unternehmen hinsichtlich der Achtung von Umweltverträglichkeit, sozialer Teilhabe und unternehmerischen Sorgfaltspflichten gestellt. Der Vorrang unternehmerischer Interessen vor Umweltschutz und sozialen Bedürfnissen lässt sich dabei auch anhand weiterer Kapitel deutlich zeigen.



Großer Tagebau in Chuquicamata, Chile

① Weitere Bestimmungen in Handels- und Investitionsabkommen, die den Zugang zu Rohstoffen fördern

Investitionsliberalisierung

Alle drei Abkommen enthalten Bestimmungen, die es ausländischen Investoren vereinfachen sollen, Investition im jeweiligen Land zu tätigen. Diese sind im Kapitel zu „Investitionsliberalisierung“ festgelegt. Besonders interessant für den Rohstoffbereich ist dabei das Verbot, sogenannte **Leistungsanforderungen (performance requirements)** an die Investoren zu stellen. Das bedeutet, dass die Durchführung von Projekten oder Investitionen im Land nicht an Bedingungen, wie bspw. Technologie- oder Wissenstransfer gebunden sein dürfen. Ausgenommen sind auch Verpflichtungen, einen bestimmten Prozentsatz der Verarbeitung im Land zu tätigen oder lokal produzierte Produkte für die Weiterverarbeitung zu nutzen (domestic content), bevor das Produkt exportiert werden darf. Ebenso dürfen Unternehmen nicht dazu aufgefordert werden, eine bestimmte Anzahl an Einheimischen anzustellen.⁶²

Investitionsschutz

Sowohl das Abkommen mit Mexiko als auch jenes mit Chile enthalten ein Kapitel zum Investitionsschutz. Dieses gewährt ausländischen Investoren das **exklusive Sonderrecht, Staaten vor internationalen Schiedstribunalen auf Entschädigungen zu verklagen**. In den benannten Abkommen ist dafür das Investitionsgerichtssystem (Investment Court System, ICS) vorgesehen. Ein Investor kann vor das ICS ziehen, wenn seine Unternehmungen durch staatliche Regulation behindert, eingeschränkt oder gar wertlos werden. In den letzten Jahren haben die Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor-State Dispute Settlement, ISDS), die mit Bergbau in Verbindung stehen, stark zugenommen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Beratungsfirma CharlesRiver Associates geht davon aus,



dass sich dieser Trend aufgrund der steigenden Nachfrage nach Mineralien für die grüne Transformation noch verschärfen wird.⁶³ Nach Gold – das jedoch kein kritischer Rohstoff ist – ist Kupfer das Metall, auf das die meisten ISDS-Klagen zurückgehen. Lateinamerika ist dabei bereits jetzt der am meisten von Bergbauunternehmen beklagte Kontinent. Fast 45 Prozent der zwischen 2016 bis 2022 registrierten⁶⁴ ISDS-Klagen im Bergbausektor richteten sich an Länder Lateinamerikas, darunter auch Chile und Mexiko. Obwohl es sich beim ICS um einen reformierten Klagemechanismus handelt, können ausländische Unternehmen Regierungen Staaten nach wie vor auf hohe Entschädigungen verklagen, wenn diese neue Vorschriften zum Umwelt- und Klimaschutz erlassen, die die Gewinnaussichten der Investoren beeinträchtigen.⁶⁵

Die Investitionsschutzkapitel in den Abkommen mit Chile und Mexiko würden die derzeit bestehenden bilateralen Investitionsabkommen (Bilateral Investment Treaties, BIT) zwischen EU-Mitgliedsstaaten und den beiden Ländern ersetzen. Gleichzeitig weiten sie den Investitionsschutz auf jene Länder aus, die keine BIT mit Chile oder Mexiko haben. Im Fall von Chile bedeutet dies, dass Unternehmen aus zwölf weiteren EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, das Land vor einem Schiedsgericht zu verklagen.⁶⁶ Im Fall von Mexiko sind es sogar 13.⁶⁷



Für eine global gerechte grüne Transformation

Trotz der vollmundigen Bekundungen deutscher wie europäischer Entscheidungsträger*innen, weniger zerstörerischen Bergbau und Weiterverarbeitung in rohstoffreichen Ländern fördern zu wollen, sind die dazu von der EU vorgeschlagenen handelsbezogenen Instrumente unzureichend.



Vielmehr besteht die Gefahr, dass Länder des Globalen Südens noch stärker auf ihre Rolle als Lieferanten von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften festgelegt werden. Zudem gibt es in den Handelsabkommen keine verbindlichen und einklagbaren Mechanismen, die sicherstellen, dass der Abbau unter den höchsten Umweltschutzstandards und unter Einbezug der lokalen Bevölkerung stattfindet. Lokale Konflikte könnten verschärft und gesellschaftliche Gräben vertieft werden.

Die Rohstoff- und Energiekapitel sowie jene zu Investitionsliberalisierung und -schutz sind vor allem dazu gedacht, in der EU die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen zu gewährleisten und europäischen Investoren den Zugang zu Geschäften im Rohstoff- und Energiesektor zu vereinfachen. Damit soll auch die Umsetzung des CRMA sichergestellt werden, dessen Zielvorgabe es ist, bis 2030 mindestens 40 Prozent⁶⁸ des jährlichen Bedarfs an weiterverarbeiteten Rohstoffen durch die heimische Verarbeitung zu gewährleisten.⁶⁹

Von einer „Win-Win Partnerschaft“ kann also nicht die Rede sein.

Für eine global gerechte grüne Transformation müssen/muss...

1 ...Handelsabkommen so ausgearbeitet werden, dass sie die ungerechte globale Arbeitsteilung nicht weiter vertiefen.

Sie müssen Technologie- und Wissenstransfer, den Aufbau lokaler Wertschöpfung und Weiterverarbeitung stärken sowie die Entstehung guter Arbeitsplätze in Ländern des Globalen Südens fördern. Klauseln, die dies verhindern, müssen aus Handelsabkommen entfernt werden.

2 ...Umweltschutz und Menschenrechte Vorrang vor unternehmerischen Interessen haben.

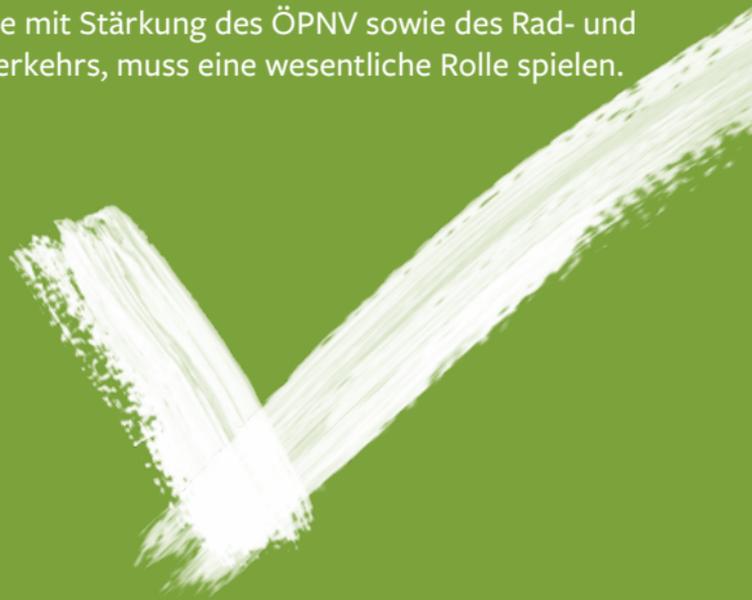
Handelsabkommen müssen sicherstellen, dass die gehandelten Rohstoffe unter Einhaltung der höchsten Umweltstandards, der Wahrung unternehmerischer Sorgfaltspflichten und der kontinuierlichen Einbeziehung der lokalen Bevölkerung produziert wurden. Dieser Anspruch sollte sich durch alle relevanten Kapitel ziehen und in Leitlinien verankert werden.

3 ...Investitionsschutzkapitel mit Konzernklage- rechten aus allen Abkommen entfernt werden.

Sonderklagerechte für ausländische Unternehmen darf es nicht geben. Sie behindern jegliche Möglichkeit, die Energie- und Mobilitätswende auch in den Ländern des Globalen Südens sozial, umweltverträglich und gerecht zu gestalten.

4 ...der generell zu hohe Verbrauch von metalli- schen Rohstoffen – vor allem im Mobilitäts- sektor (Stichwort: SUV und E-SUV) – adressiert und reduziert werden.

Kreislaufwirtschaft, aber auch eine Mobilitätswende mit Stärkung des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs, muss eine wesentliche Rolle spielen.



Quellenverzeichnis

- 1 European Environment Agency (April 2023): EEA greenhouse gases - data viewer, <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/data-viewers/greenhouse-gases-viewer> (letzter Zugriff 06.09.2023)
- 2 Europäische Kommission (September 2022): Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2022. [Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-communications/press-conferences/2022/09/22-09-2022-01) (letzter Zugriff 17.10.2023)
- 3 Bundesregierung (November 2022): Klimaschutzgesetz. Generationenvertrag fürs Klima, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672> (letzter Zugriff 06.09.2023)
- 4 Expertenrat für Klimafragen (April 2022): Zweijahresgutachten 2022, Hg.: Exptertenrat für Klimafragen, Berlin. https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2022/11/ERK2022_Zweijahresgutachten.pdf (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 5 Europäische Kommission (Dezember 2019): Europäischer Grüner Deal, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (letzter Zugriff: 06.09.2023)
- 6 Europäische Kommission (März 2020): Industrie und Grüner Deal, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/industry-and-green-deal_de (letzter Zugriff: 06.09.2023).
- 7 Europäische Kommission (April 2021): Verkehr und Grüner Deal, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/transport-and-green-deal_de (letzter Zugriff 06.09.2023)
- 8 Europäische Kommission (März 2022): Energie und Gründer Deal, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/energy-and-green-deal_de (letzter Zugriff: 06.09.2023)
- 9 Europäisches Parlament (o.J.): Legislative Train Schedule, <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/package-fit-for-55> (letzter Zugriff: 06.09.2023)
- 10 Opening plenary – Limits to Growth: where do we stand and where do we go from here?, Mai 2023. <https://www.beyond-growth-2023.eu/lecture/opening-plenary-limits-to-growth> (letzter Zugriff, 20. September 2023)
- 11 Jäger, N. (Februar 2016): Alles für uns?!, Hg: PowerShift e.V., Berlin. <https://power-shift.de/alles-fuer-uns-der-globale-einfluss-der-europaeischen-handels-und-investitions-politik-auf-rohstoffausbeutung> (Letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 12 Wouters, Richard (Oktober 2021): Metals for a Green and Digital Europe – An Agenda for Action, Hg: Green European Foundation/ Wetenschappelijk Bureau GroenLinks, Utrecht/ Brussel. <https://gef.eu/project/metals-for-a-green-and-digital-europe/> (Letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 13 Europäische Kommission (2021): Raw Materials Scoreboard), Hg: Europäische Kommission, Brüssel. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/eb052a18-c1f3-11eb-a925-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-211427230> (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 14 U.S. Department of the Interior, U.S. Geological Survey (2023): Mineral Commodity Summaries 2023. Virginia. <https://pubs.usgs.gov/periodicals/mcs2023/mcs2023.pdf> (letzter Zugriff 16.10.2023)

- 15 Pérez, Alfons/ Cañada, B/ Pérez, M. und Josep Nualar (2023): The mine, the factory and the store. Global dynamics in the “green transition” and their consequences in the “Lithium Triangle”, Hg: Observatori del Deute en la Globalització. <https://odg.cat/wp-content/uploads/2023/07/The-mine-the-factory-the-store.pdf> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 16 Edb.
- 17 Alle derzeit als kritische Rohstoffe gelistete Rohstoffe: Antimon, Arsen, Bauxit, Baryt, Beryllium, Bismut, Bor, Kobalt, Koks kohle, Kupfer, Feldspat, Fluorit, Gallium, Germanium, Hafnium, Helium, Seltene Erden, Lithium, Magnesium, Mangan, Graphit, Nickel, Niob, Phosphatgestein, Phosphat, Platinmetalle, Scandium, Silicium, Strontium, Tantal, Titan, Wolfram, Vanadium
- Europäische Kommission (März 2023): Annex with a list of critical raw materials: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52023PC0160#document2> (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 18 PowerShift (Mai 2023): Metalle für die Energiewende, Hg: PowerShift e.V., Berlin. <https://power-shift.de/fact-sheet-metalle-fuer-die-energiewende> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 19 Kramer et al., (2023): Extracted Forests. Unearthing the role of mining-related deforestation as a driver of global deforestation. Hg: WWF, WU Vienna, Satelligence, adelphi. <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Wald/WWF-Studie-Extracted-Forests.pdf> (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 20 Business & Human Rights Resource Centre (Juni 2023): Transition Minerals Tracker: 2022 Analysis. <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/transition-minerals-tracker> (letzter Zugriff 20.09.2023)
- 21 Institute for Security and Development Policy (Juni 2018): Made in China 2025, Hg: Institute for Security and Development, Stockholm. <https://isdsp.eu/publication/made-china-2025> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 22 The White House (August 2022): By the numbers: The Inflation Reduction Act, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/08/15/by-the-numbers-the-inflation-reduction-act> (letzter Zugriff: 06.09.2023).
- 23 Europäische Kommission (März 2023): Investment needs assessment and funding availabilities to strengthen EU’s Net-Zero technology manufacturing capacity. European Commission, 2023. Investment needs assessment and funding availabilities to strengthen EU’s Net-Zero technology manufacturing capacity, Hg: Europäische Kommission, Brussels. https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/staff-working-document-investment-needs-assessment-and-funding-availabilities-strengthen-eus-net_en (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 24 Europäische Kommission (Februar 2023): The Green Deal Industrial Plan, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_en (letzter Zugriff 06.09.2023).
- 25 Europäische Kommission (März 2023): Net-zero industrial act, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/net-zero-industry-act_en (letzter Zugriff: 06.09.2023)
- 26 Europäische Kommission (o.J.): Electricity market design, https://energy.ec.europa.eu/topics/markets-and-consumers/market-legislation/electricity-market-design_en (letzter Zugriff: 06.09.2023)
- 27 Europäische Kommission (März 2023): Sustainably supply of raw materials, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/european-critical-raw-materials-act_en (letzter Zugriff: 06.09.2023)

- 28 Europäische Kommission (Juli 2023): Statement by Executive Vice-President Dombrovskis at the EU-CELAC business roundtable: panel on critical raw materials and e-mobility. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_23_3895 (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 29 Hoering (2018): China's Long March 2.0. The Belt and Road Initiative as development model. Hg. VSA, Stiftung Asienhaus. https://www.asienhaus.de/archiv/asienhaus/publikationen/Hoering_Chinas_Long-March_2.0.pdf (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 30 Europäische Kommission: Global Gateway in Latin America and the Caribbean. https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/initiatives-region/initiatives-latin-america-and-caribbean_en (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 31 Sial, Farwa.; Sol, Xavier (September 2022): The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway?, Hg: CounterBalance/ Eurodad. https://www.eurodad.org/the_emperor_s_new_clothes_what_s_new_about_the_eu_s_global_gateway (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 32 Europäische Kommission (Dezember 2021): Global Gateway, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway_en (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 33 Europäische Kommission (Dezember 2021): The Global Gateway. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic, and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021JC0030> (letzter Zugriff 07.09.2023)
- 34 CounterBalance, eurodad (September 2022): The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway? https://www.eurodad.org/the_emperor_s_new_clothes_what_s_new_about_the_eu_s_global_gateway (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 35 Europäische Kommission (September 2020): Critical Raw Materials Resilience: Charting a Path towards greater Security and Sustainability, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0474> (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 36 Juli 2023; P-002077/2023. Answer given by Mr Breton on behalf of the European Commission. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/questions/reponses_qe/2023/002077/P9_RE\(2023\)002077_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/questions/reponses_qe/2023/002077/P9_RE(2023)002077_EN.pdf) (letzter Zugriff 16.10.2023)
- 37 Europäische Kommission (Juni 2021): EU and Canada set up a strategic partnership on raw materials, https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/eu-and-canada-set-strategic-partnership-raw-materials-2021-06-21_en (letzter Zugriff 07.09.2023)
- 38 Europäische Kommission (Juni 2021): Memorandum of Understanding between the European Union and Ukraine on a Strategic Partnership on Raw Materials, <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/46300> (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 39 Europäische Kommission (November 2022): Memorandum of Understanding between the Republic of Kazakhstan and the European Union on a strategic partnership on sustainable raw materials, batteries and renewable hydrogen value chains, https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2022-11/EU-KAZ-MoU-signed_en.pdf (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 40 Europäische Kommission (November 2011): Memorandum of Understanding on a partnership on sustainable raw materials value chains and renewable hydrogen between the European Union represented by the European Commission and the Republic of Namibia, <https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2022-11/MoU-Namibia-batteries-hydrogen.pdf> (letzter Zugriff: 07.09.2023)

- 41 Europäische Kommission (Juni 2023): Global Gateway: EU and Argentina step up cooperation on raw materials, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_3217 (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 42 Europäische Kommission (Juli 2023): Memorandum of Understanding between the European Union and the Republic of Chile on a strategic partnership on sustainable raw materials value chains, https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/26f21445-246b-4f67-90ee-bdd6db3d34c2_en?filename=MoU_EU_Chile_signed_20230718.pdf (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- 43 Europäische Kommission (Oktober 2023): Global Gateway: EU signs strategic partnerships on critical raw materials value chains with DRC and Zambia and advances cooperation with US and other key partners to develop the 'Lobito Corridor'. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_5303 (letzter Zugriff: 01.11.2023)
- 44 Europäische Kommission (Juli 2023): EU and Uruguay boost cooperation on renewable energy, energy efficiency and renewable hydrogen, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_3899 (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 45 Siehe Endnote 35
- 46 Europäische Kommission (Juli 2023): EU-Ukraine Strategic Partnership on Raw materials roadmap 2021-22, <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/46299> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 47 Europäische Kommission (2015): Handel für Alle, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d90eda7c-7299-11e5-9317-01aa75ed71a1> (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 48 Reckordt, Michael (Februar 2016): Alles für uns?!, Hg: PowerShift, Berlin. <https://power-shift.de/alles-fuer-uns-der-globale-einfluss-der-europaeischen-handels-und-investitionspolitik-auf-rohstoffausbeutung/> (Letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 49 Europäische Kommission (o.J.): Negotiations and Agreements, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/negotiations-and-agreements_en (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 50 Europäische Kommission (Juli 2018): Negotiations for a Deep and Comprehensive Free Trade Area between the European Union and Tunisia. The EU proposal on energy and raw materials, <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbdoe/library/3533e65c-3105-4682-8cbd-9da3297b6252/detail> (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- 51 OECD (2023): Export restrictions on Industrial Raw Materials. https://qdd.oecd.org/subject.aspx?Subject=ExportRestrictions_IndustrialRawMaterials (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 52 Más Energía (Juni 2022): Oficializan un nuevo régimen para retenciones de cobre. <https://mase.lmneuquen.com/cobre/oficializan-un-nuevo-regimen-retenciones-cobre-n920072> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 53 Albrecht, J. (September 2023): Rohstoffreichtum – Aber zu wessen Vorteil? Viele Länder schränken Rohstoffabbau und -export ein. Hg. PowerShift e.V. https://power-shift.de/wp-content/uploads/2023/09/PowerShift_Factsheet_Bergbau_Rohstoffreichtum.pdf (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 54 Europäische Kommission (September 2017): 3rd Round of Trade Negotiations between the European Union and Indonesia. EU Proposal on Energy & Raw Materials, <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbdoe/library/dea9b404-541c-4cbe-86f9-4e46d1ec5a45/details> (letzter Zugriff: 07.09.2023)

- 55 PowerShift e.V. (Juli 2023): Rohstoffwende: Der EU-Gesetzentwurf zu kritischen Rohstoffen weist erhebliche Lücken auf, um eine soziale, ökologische und global gerechte Transformation zu ermöglichen. Ein Positionspapier zum Critical Raw Materials Act, https://power-shift.de/wp-content/uploads/2023/07/DE_CRMA-Position-Paper-Juli-2023.pdf (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 56 Europäische Kommission (o.J.): Modernisation of the Trade part of the EU-Mexico Global Agreement. Chapter X Energy and raw materials chapter, <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbdoe/library/200a4030-45b1-46a1-8812-ad757eef961f/details> (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 57 Sowohl das Abkommen mit Chile als auch jenes mit Mexiko enthalten lediglich einen sogenannten „review-clause“, der vorsieht, bestimmte Teile des Nachhaltigkeitskapitels (zum Pariser Klimaabkommen sowie zu Arbeitsstandards) mit Sanktionen als letztem Mittel zu bewehren. Im EU-Neuseeland Handelsabkommen sind diese Teile des Nachhaltigkeitskapitels bereits sanktionsbewehrt, während die anderen Teile des Kapitels nach wie vor nicht effektiv durchsetzbar sind. Fritz, T. (Juni 2023): On Track for Sustainable Trade? The EU-New Zealand Trade Agreement from a Sustainability Perspective. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16906200/3/#topDocAnchor> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 58 Europäische Kommission (o.J.): EU – Chile: Text of the agreement, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/chile/eu-chile-agreement/text-agreement_en (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- 59 Europäische Kommission (o.J.): Negotiations and Agreements, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/negotiations-and-agreements_en (letzter Zugriff: 07.09.2023)
- 60 Europäische Kommission (o.J.): EU – Chile: Text of the agreement, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/chile/eu-chile-agreement/text-agreement_en (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- 61 Ebd.
- 62 Europäische Kommission (2022): Chapter on Investment Liberalization of the EU-Chile interims FTA. https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/chile/eu-chile-agreement/text-agreement_en (letzter Zugriff: 08.09.2023)
- 63 Charles River Associates (Juni 2023): Disputes Involving Mineral Assets: Statistics & Trends, <https://www.crai.com/insights-events/publications/disputes-involving-mineral-assets-statistics-trends/> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 65 PowerShift (Oktober 2019): Wenn Totgesagte wieder aufstehen, <https://power-shift.de/wenn-totgesagte-wieder-aufstehen/> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 66 Investment Policy Hub (Oktober 2023): International Investment Agreements Navigator, <https://investmentpolicy.unctad.org/international-investment-agreements/advanced-search> (letzter Zugriff: 16.10.2023)
- 67 Ebd.
- 69 Europäische Kommission (März 2023): Critical Raw Materials: ensuring secure and sustainable supply chains for EU's green and digital future, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_1661 (letzter Zugriff: 16.10.2023)

Power *Shift*

PowerShift – Verein für eine ökologisch- solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V. Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

In dieser Ausgabe erfahren Sie...

- ★ Welche Metalle und Mineralien sich besonders für die Energie- und Mobilitätswende eignen und wo sie zu finden sind.
- ★ Wie die Europäische Union versucht, über Handelsinstrumente ihre Rohstoffsicherheit zu garantieren.
- ★ Was der Rohstoffhunger für die Ländern des Globalen Südens bedeutet..
- ★ ... und vieles mehr!

In Zusammenarbeit mit...



Wir bedanken uns für die Unterstützung



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.